

## Rezzo Schlauch: Grüne Politik für den Mittelstand

Stadtwerke Fellbach, Ringstraße 6,  
Freitag, 25.2.2011; 19: 30

Rezzo Schlauch, Joschkas Mann für den Mittelstand, ehemaliger Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag und Mittelstandsbeauftragter der rot-grünen Bundesregierung, gab in den Stadtwerken Fellbach eines seiner seltenen Gastspiele im laufenden Landtagswahlkampf. Dies war immerhin einer von insgesamt nur drei Terminen landesweit, den er extra für seinen alten Weggefährten und Wahlkreiskandidaten Willi Halder möglich gemacht hat.

Zunächst erzählte Rezzo aus den Gründungszeiten der Partei vor gut 30 Jahren, als Windräder, Biogasanlagen und Solarzellen für die meisten Politiker noch Fremdworte waren. Die belächelten Öko-Spinner wurden erst richtig ernst genommen, als sie ihre Pläne während der rot-grünen Regierungskoalition 1998-2005 in die Tat umsetzen konnten. Hier plauderte Rezzo aus dem Nähkästchen, denn **Ökosteuer und das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)** mussten dem Koalitionspartner regelrecht abgepresst werden. Gerade das EEG entwickelte sich im Lauf der Jahre zu einem wahren Exportschlager, in zahlreichen Ländern kopiert und nicht zuletzt im Wesentlichen unangetastet gelassen, als schwarz-gelb 2009 die Macht im Bund übernahm, obwohl im Vorfeld immer wieder gedroht wurde, dass hier zuerst gestrichen würde. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die technischen Innovationen im Umfeld der Energiewende, die besonders den deutschen Mittelstand im internationalen Wettbewerb stärken. Ganz nebenbei erkennen inzwischen auch die Schwarz-Gelben die Notwendigkeit des grünen EEG-Gesetzes an, will man zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission den unbestritten notwendigen Schritt in Richtung Erneuerbare Energien hin tun. Der heutige Stand von 15% Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix eines hochindustrialisierten Landes wie der Bundesrepublik wäre ohne die Grünen nicht vorstellbar. Es war allerdings ein schwerer Lernprozess für die Schwarz-Gelben Gegner, dass man plötzlich mit grüner Technologie gutes Geld verdienen konnte, was bisher immer Sache der eigenen Klientel war. Auch im Bereich der Stromerzeugung ändert sich einiges durch das EEG und das Einspeisegesetz. Die Macht der Monopolisten bröckelt. Sinkende Gewinne von RWE, EnBW und Vattenfall zeigen es, die Zukunft gehört den Regenerativen und der Ausstieg aus dem Atomausstieg ist in diesem Zusammenhang verheerend, da bereits jetzt eine sinkende Investitionsbereitschaft in Offshore-Windparks zu beobachten ist. Rezzo ist hier eher ein Anhänger zentraler Großanlagen im Bereich Nord- und Ostsee. Zentrale und dezentrale Energieerzeugung sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich. Aufgabe der nahen Zukunft wird die Anpassung des Stromnetzes an die Bedürfnisse des erneuerbaren Stroms sein. Intelligente Stromnetze müssen endlich gebaut werden, nachdem die Monopolisten hier jahrzehntelang nichts unternommen haben. Er möchte in diesem Zusammenhang auch ganz deutlich machen, dass Grünen sich gegen lokale und regionale Einzelinteressen aussprechen müssen, wenn um die Planung und Durchsetzung dieser Strom-Autobahnen geht. Wenn im Einzelfall herauskommt, dass man eine Teilstrecke verkabelt oder etwas umleitet, dann kann dies im Sinne größerer Bürgerfreundlichkeit gerechtfertigt sein. Prinzipiell sind die Grünen mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der Bürgerbewegung gefragt, die notwendigen Konzepte zu vermitteln. Bei den Einspeisegebühren befürwortet Rezzo eine Rückführung der Förderbeträge, da sich die Technologien verbessert und verbilligt haben. Es würde dem Markt schaden, wenn man die Branche langfristig mit überhöhten Preisen subventionierte und einen notwendigen Wettbewerb unterbände.

Neben der Energie war die Wende in der landwirtschaftlichen Produktion ein zweiter Kernpunkt grüner Politik, und auch hier wurde viel bewegt. **Bio-Lebensmittel** boomen so

sehr, dass der deutsche Markt die Nachfrage schon lange nicht mehr selbst stillen kann. Ein weites Feld für Bauern, die eigentlich nur zugreifen müssten, aber unverständlicherweise noch an den alten, zum Teil umweltschädlichen Produktionsweisen hängen: „Unsere Bauern und Verarbeiter lassen sich hervorragende Verdienstmöglichkeiten entgehen.“ Hier sieht Rezzo die Bio-Importe aus der ganzen Welt teilweise skeptisch, da insbesondere die Qualitätssicherung nicht überall den deutschen Standards entspricht, von der Transportproblematik ganz zu schweigen. Diese zwei Punkte zeigen auch, dass es Blödsinn ist, die Grünen als Dagegen-Partei zu verunglimpfen, wie es derzeit von Seiten der CDU im Landtagswahlkampf geschieht. Es ist ja nur logisch, dass man gegen etwas ist, wenn man für etwas anderes einsteht. Das ist einfache Logik. Wer für K21 ist muss gegen S21 sein. „Wer von den Grünen als Dagegen-Partei spricht, muss echter Wahrnehmungsschwierigkeiten haben.“

Zum Thema **Stuttgart 21** führte Rezzo im Rückblick auf die Bürgerproteste aus: „Es gab nie eine Mehrheit für Stuttgart 21 unter der Bevölkerung, sondern nur unter den politischen Mandatsträgern, besonders bei CDU und SPD“. Ein Jahr nachdem einige Politiker und der Bahnchef das Konzept aus der Taufe gehoben haben, lag Rezzo mit über 39% nur knapp hinter dem CDU-Kandidaten Schuster bei der OB-Wahl in Stuttgart. Bereits diese Wahl zeigte deutlich, dass die Stuttgarter S21 nicht wollten, und dass die Grünen an vorderster Front den Bürgerprotest getragen haben. Rezzo erinnert sich auch gut an den obersten Anhänger von S21 in der rot-grünen Koalition, den Kanzler Gerd Schröder. Dennoch ruhte das Projekt, da der Finanzminister Eichel es für nicht finanzierbar hielt. „S 21 war x-fach tot, erst schwarz-gelb hat die Leiche wieder a bissle aufgepäppelt.“ Besonders ärgerlich war das Versprechen des CDU OBs Schuster im Kommunalwahlkampf 2006, dass es ein Bürgerbegehren zur Frage geben werde. Dieses Versprechen habe er seinem damaligen grünen Gegenkandidaten Boris Palmer gegeben und gebrochen. Aber auch die SPD „habe Stuttgart 21 ganze 16 Jahre lang wie eine Monstranz vor sich hergetragen, bis sie gemerkt haben, dass es ihr Waterloo wird. Dann haben sie den hochverehrten Erhard Eppler aus dem Hut gezaubert und die Idee eines Volksentscheides.“ Nach seiner Ansicht als Jurist gibt die baden-württembergische Landesverfassung einen Volksentscheid nicht her, wohl aber eine Bürgerbefragung, deren Ergebnis dann ohne Abstriche in Politik umgesetzt werden müsse. Und er ist überzeugt, dass Schwarz-Gelb bei der Landtagswahl genau wegen dieser Frage, wie es mit Stuttgart 21 weitergeht, hier keine Mehrheit bekommen wird. „Jede Mehrheit nach der Wahl muss sich die Frage stellen, wie sie mit dem Volksbefragung umgeht. Ohne Volksbefragung gibt es keine Zukunft, für keine Partei. Auch nicht für die SPD, wenn sie in einer großen Koalition mit der CDU S21 mit trägt.“

Den **EnBW**-Deal von Stefan Mappus sieht Rezzo aus verschiedenen Gründen kritisch. Zum einen war das Vorgehen undemokratisch und selbstherrlich. Der bemühte Paragraph der Landesverfassung bezieht sich nur auf Naturkatastrophen, und ein vielleicht nicht ganz optimale Gewinn von Morgan-Stanley und dessen Geschäftsführer und Mappus-Parteifreund Dirk Notheis ist ganz gewiss keine Naturkatastrophe. Warum hat der Ministerpräsident das lukrative Geschäft nicht über die landeseigene LBBW abwickeln lassen, deren magere Bilanz hätte den Auftrag gut brauchen können? Zum anderen ergeben sich von der kaufmännischen Seite eine Reihe von Bedenken am Kaufpreis, den das Land dem französischen Staatskonzern EDF gezahlt hat. Wenn das Bundesverfassungsgericht der Klage von Grünen und SPD stattgeben sollte und die Verlängerung der Atomausstiegsfristen im Bundesrat scheitert, dann sind die Anteile des Landes schnell nur noch die Hälfte wert. Die Grünen und selbst Oettinger waren damals gegen den Verkauf der landeseigenen EnBW-Anteile an Frankreich, aber der damalige Ministerpräsident Teufel hielt es für eine gute Idee. Auf alle Fälle zeigte Mappus hier eine unglaubliche Kraftmeierei, die ihm nach dem „Schwarzen Donnerstag“ im

Schlosspark eine Befreiung schaffen sollte. Der Versuch ist misslungen und die baden-württembergischen Steuerzahler werden die Zechen zahlen.

Auch das Eingreifen von Mappus in die Tarifverhandlungen für **Beamtengehälter** - er verspricht zum Einstieg schon einmal 2% ohne weitere Verhandlungen - sieht Rezzo als schlichte Bestechung im Wahlkampf. Wieder ein Beweis, für das mangelnde Wertegerüst der neuen CDU in Zeiten von zu Guttenberg und Co. Der grüne Spitzenkandidat Winfried Kretschmann hingegen ist seit Jahrzehnten als integerer Politiker par excellence bekannt. Und deshalb scheut Mappus nichts so sehr, wie ein direktes Fernsehduell im SWR. Er bevorzugt den erfreulich unbeschriebenen Nils Schmid von der SPD als Sparringspartner. „Ein Politiker so geradlinig wie Winfried Kretschmann täte dem Land gut“, so Rezzo. Ebenso gut täte dem Land der Wahlkreiskandidat Willi Halder, der Rezzo seit Jahrzehnten schätzt. Zwar hätte er, Rezzo, anfangs nicht immer einen leichten Stand als Realo gehabt, gegen den jungen Willi, der in seinen Anfangszeiten etwas kritischer eingestellt war, aber über die Jahre habe Willi als Kommunal- und Kreispolitiker sich durch unermüdlichen Fleiß und „Aktenfresserei“ den Respekt seiner Parteikollegen verdient. Auch das neue, unter dem Einfluss von FDP nur leicht modifizierte baden-württembergische Landwahlrecht macht es Kandidaten wie Willi Halder leichter in den Landtag zu kommen. Denn es zählen jetzt nicht mehr die absoluten Stimmen in einem Wahlkreis für die Nachrücker nach Zweitauszählung neben den Direktmandatsträgern, sondern die Prozentzahlen. Wenn Willi Halder, der bei den Kommunalwahlen in seiner Heimatstadt Winnenden immerhin Stimmenkönig war, im Wahlkreis Waiblingen ein gutes Ergebnis einfährt, dann hat er gute Chancen in den Landtag einzuziehen.

In der Fragerunde beantwortete Rezzo noch einige Fragen zu seiner Person und zur Politik im Allgemeinen. Er sei Anfang des Jahres aus dem **Beirat der EnBW** ausgeschieden, nachdem es dort einen Führungswechsel gegeben hatte. Ursprünglich wollte er den erneuerbaren Energien im Konzept der EnBW eine verstärkte Stimme leihen. „Es müssten mehr Grüne Aufsichtsratsvorsitzenden werden in Deutschland, sonst ändert sich nie etwas.“ Er selbst sei jetzt beruflich als Berater bei verschiedenen Energie- und Technologiefirmen tätig. Unter anderem bei Gold-Gas, bei einer Entwicklungsfirma für Offshore-Windparks und er sei Aufsichtsratsvorsitzender bei der Microwave Ignition AG, einem jungen Startup-Unternehmen aus dem Schwarzwald, das die Zündungstechnologie bei Kraftfahrzeugen revolutionieren möchte.

Zur Thema **Bildungspolitik** bekannte Rezzo seine mangelnden Kenntnisse des aktuellen Programmstandes. Immerhin sei er seit 6 Jahren aus der aktiven Politik ausgeschieden. Er möchte nur den Grünen in Baden-Württemberg die Lehre aus der Hamburger Misere ans Herz legen: Gegen die Eltern und die Lehrer sollte man keinen Wahlkampf betreiben. Er warnt davor, Reformen allein von Fachabgeordneten ausarbeiten zu lassen und dann ungefiltert in politische Programmatik umzusetzen. Das größte Übel der Bildungspolitik ist die Generalisierung. Es muss viele Wege geben, die zum Ziel führen. Als Beispiel nannte er eine Elterninitiative aus Bad Cannstatt, wo eine täglicher Nachhilfeservice für Kinder aus Migrantenfamilien durch einen Verein zehn Jahre lang organisiert wurde. Als nach dieser langen Zeit eindeutig festzustellen war, wie hilfreich diese Initiative für den Schulerfolg war, sollte das Modell durch das Oberschulamt in öffentliche Förderung überführt werden und scheiterte an den engen Schulgesetzen im Land. Hier muss grüne Bildungspolitik ansetzen und mehr maßgeschneiderte Lösungen im Einzelfall zulassen. Schule gehört zuerst in die Hände von Lehrern, Eltern und Kommunen, die Landesgesetze müssen diesem Konzept angepasst werden.

Zur Frage der **direkten Demokratie** zeigte sich Rezzo als Kritiker des Schweizer Modells. „Wir wollen kein Minarettverbot in Deutschland, ganz egal, wie viele Bürger das wünschen.“ Die Gefahr der Manipulation durch die Massenmedien sei zu groß. Von Bürgerbegehren müssen grundgesetzlich geschützte Rechte - gerade die ersten 20 Artikel GG - immer ausgeschlossen bleiben. Bei lokalen, und gerade Bauleitplanungen hingegen, müssen die Bürger mehr Mitspracherecht und die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens eingeräumt bekommen. Hier muss das Quorum und andere Hemmnisse für Bürgerbegehren reduziert werden.